

Politische Haltung: Unliebsame Positionen werden bestraft

Unternehmen sollen sich aus politischen Diskussionen heraushalten, meint eine knappe Mehrheit der Deutschen. Das hat eine repräsentative Befragung der Kommunikationsagentur JP/KOM und des Meinungsforschungsinstituts Civey unter 5.000 Teilnehmern im September 2018 ergeben. 58,6 Prozent der Befragten wünschten, dass Unternehmen sich politisch neutral verhielten. Unter den AfD-Wählern waren es sogar knapp 80 Prozent, unter den Wählern von CDU/CSU und FDP mehr als 60 Prozent. Entsprechend mehr Wähler von Bündnis 90/Grüne, SPD und Linke wünschten sich politisch aktive Unternehmen. Dagegen würden jeweils rund 40 Prozent der Befragten häufiger die Produkte eines Unternehmens kaufen, wenn es öffentlich eine politische Position bezöge, die man teilte. Zwei Drittel hatten schon einmal ein Unternehmen aus politischen Gründen boykottiert.

In den vergangenen Wochen hatten sich Wirtschaftslenker immer wieder für Integration und Toleranz ausgesprochen ([bürgerAktiv berichtete](#)). Ende Oktober 2018 sagte unter anderen der Vorstandsvorsitzende des Siemens-Konzerns, Joe Kaeser, auf öffentlichen Druck hin die Teilnahme an einer Konferenz in Saudi-Arabien ab, nachdem im saudischen Konsulat in Istanbul ein Journalist ermordet worden war.

www.jp-kom.de/...

www.csr-news.net/news/...